

Redebeitrag von Peter Rosenbaum zum Interkommunalen Gewerbegebiet Braunschweig-Wolfenbüttel (TOP 22)

Ratssitzung vom 17. September 2019

„Sehr geehrte Damen und Herren. Interkommunal heißt, dass man vielleicht auch über den eigenen Tellerrand hinausschauen muss. Wir haben ja seinerzeit das Projekt gehabt, das dann doch gescheitert ist. Da hat man nämlich nicht über den eigenen Tellerrand geschaut, sondern hat gesagt, wir wollen sowas nur machen, wenn wirklich die Gewerbesteuer nur bei uns bleibt.

Das ist jetzt bei dieser Vorlage etwas anders. Hier geht es um ein Projekt, bei dem die Gewerbesteuer in Wolfenbüttel bleibt und man sich in irgendeiner Weise einigt. Womit wir sehr große Probleme haben, ist, dass hier wieder bestes Ackerland, wie damals beim geplanten Gewerbegebiet in Stiddien auch, versiegelt werden soll. Deswegen war es damals auch gut, dass das Projekt gescheitert ist. Auch jetzt ist es wieder Ackerland. Ja, wir brauchen Flächen für Wohnungsbau, für Industrie, für alles Mögliche.

Deswegen war seinerzeit schon auch mit den Salzgitteranern überlegt worden, ob man nicht industrielle Brachflächen, die die Salzgitteraner in Größenordnungen haben in 268 ha, ob man die nicht in irgendeiner Weise aufarbeiten könnte. Das ist im Wesentlichen damals weggeschoben worden, in dem man gesagt hat, man habe doch gar nichts davon. Wenn die Salzgitteraner, wenn wir da tätig werden, dann muss viel aufgewendet werden: Es handelt sich um Summen in Höhe von 10 Millionen oder mehr, um überhaupt die Vergiftung des Bodens überhaupt zu beseitigen, bevor man das Gelände dann überhaupt benutzen kann. Aber: Man könnte es benutzen. Dieser Vorstoß wäre natürlich jetzt auch noch mal zu unternehmen.

Wenn wir interkommunal Flächen nutzbar machen wollen, die wir unbedingt brauchen, auch für anzusiedelnde Industrie, dann wäre es wirklich – und da kann ich wirklich nur an Herrn OB appellieren – nützlich, um dann doch eventuell noch an Herrn Klingebiel heranzutreten. Der war damals recht positiv gestimmt, er sagte: ‚ja, warum nicht, es ist ja da auch noch nichts gestorben.‘ Vieles sei denkbar, aber das ist jetzt über ein Jahr her.

Nachzulesen ist das übrigens auch in der Zeitung, die ja Herr Bratmann ja auch immer hervorhebt: Nämlich in der BIBS-Zeitung ‚Unser Braunschweig‘. Von der wird auch noch eine Presseanfrage kommen, ob das noch steht. Ich gehe mal

davon aus. Wir sollten da jetzt nicht die beleidigte Leberwurst spielen und sagen: ‚Naja, Sie haben uns damals den Stuhl vor die Tür gesetzt, dann reden wir mit denen nicht mehr und reden lieber mit Helmstedt, Wolfenbüttel und sonst wie‘. Also, man muss mit allen reden, das ist richtig. Aber zu allererst müsste man überlegen, wie man Flächen, die wirklich anders nicht nutzbar sind, nimmt. Flächen, die wir irgendwann brauchen werden, die können wir doch nicht zur Sanierung unseren Enkeln hinterlassen. Das geht doch nicht.

In der Richtung würde ich mir mal einen ‚Zukunftswurf‘ vorstellen. Vielleicht auch in der Richtung, was wir vorhin diskutiert haben, nämlich in Bezug auf die Frage ‚Elektromobilität‘ und ‚Wasserstoff‘. Es stehen jede Menge Windkraftanlagen rum, die oftmals abgeschaltet wurden. In der Bundesrepublik werden Anlagen abgeschaltet und müssen entschädigt werden, wenn der Strom nicht abgenommen wird. Und das in der Größenordnung von 700 Millionen Euro. 750 000 Wasserstoff – PKWs könnte man damit betreiben. Was für ein Wahnsinn! Wir bezahlen den Preis als Entschädigung und nutzen das nicht.

In Salzgitter wären Flächen geeigneter: Da ist Linde vertreten, da ist Alstom vertreten, die mit Wasserstoff schon Züge bauen können. Da mal kommunal und auch in Richtung der Region zwischen den Kommunen mal weiterzudenken, wäre vielleicht auch lukrative Geschichte für die Zukunft, für die Wirtschaft und natürlich auch für die Städte.

Also: Wir wollen diese Vorlage nicht bremsen. Aber das große Manko ist, dass man das mit Salzgitter nicht fortgesetzt hat. Und das muss entsprechend vorangetrieben werden. Wir werden versuchen, das zu tun.“